Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

59 (10.3.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 59. **Karlsruhe, Freitag den 10. März 1905.** **25. Jahrgang.**

Zum Ministerwechsel.

* Karlsruhe, 10. März.

Der Wechsel im Staatsministerium ist vollzogen. Zum Nachfolger des Herrn v. Brauer im Präsidium des Staatsministeriums ist Herr v. Dusch ernannt worden, während das eigentliche Ressortministerium des Herrn v. Brauer an den bisherigen Direktor desselben, Herrn v. Marschall, übergegangen ist. Daß bei der Nachfolgerschaft des Herrn v. Brauer der rangälteste Minister Schenkel außer Frage kam, hat seine guten Gründe. Herrn Schenkel mangeln für diesen Posten nicht nur die nötigen diplomatischen Eigenschaften, er hat sich namentlich auf dem letzten Landtag verschiedenemale Blößen gegeben, die unter anderen Verhältnissen, als sie bei uns in Deutschland leider immer noch üblich sind, ihm unrettbar sein Portefeuille gekostet haben würden.

Bei dem nunmehr erfolgten Ministerwechsel handelt es sich keineswegs um einen Wechsel im System der Regierung. Nach Lage der Verhältnisse war das auch gar nicht zu erwarten.

Wir stehen vor einer bedeutungsvollen Landtagswahl, über deren politisches Ergebnis bestenfalls nur Vermutungen geäußert werden können. Herr v. Brauer hat es gut verstanden, zwischen den sich widerstreitenden Meinungen im Parlament sowohl als auch im Ministerium jeweils einen Ausgleich zu finden. Seiner Diplomatie ist es auch mit in erster Linie zu verdanken, daß die Wahlrechtsfrage auf dem letzten Landtag die mancherlei gefährlichen Klippen umschiffen konnte. Auch sonst hat sich Herr v. Brauer Anerkennung und Verdienst erworben. So vor allem mit der Einführung des Kilometerheftes, dessen Existenz jetzt allerdings sehr in Frage gestellt ist. Man vermutet nicht ohne Grund, daß die mit Preußen schwebenden Verhandlungen bezüglich der Eisenbahngemeinschaft vielleicht mit ein Grund für den Rücktritt v. Brauers gewesen sind. Denn darüber braucht man sich keinen Zweifeln hinzugeben, daß wenn diese Gemeinschaft wirklich zustande kommt, Baden weit mehr Opfer bringen muß, als es Vorteile einheimst. Von einer badischen Eisenbahnselbständigkeit könnte darnach ernstlich nicht mehr gesprochen werden. Es erscheint uns einigermaßen fraglich, ob Herr v. Brauer, nach dem was er als Eisenbahnminister in Baden geleistet hatte, ernstlich willens war, die Verantwortung für die Verpreußung unserer badischen Bahnen zu übernehmen. Die Einführung des Kilometerheftes war eine Tat, wie ihr keine andere auf dem Gebiete der Personentarifreform in Deutschland zur Seite gestellt werden kann. Wäre es Herrn v. Brauer vergönnt gewesen, auf diesem mit so unerwartet großem Erfolg betretenen Gebiete weiterzuschreiten, so hätte er sich um die deutsche Verkehrspolitik die größten Verdienste erwerben können. Allein es ist bekannt, wie sofort nach Inkrafttreten dieser volkswirtschaftlich so bedeutungsvollen Reform sich allerhand widerstrebende Einflüsse bemerkbar machten, die schon am Schlusse des ersten Jahres des Inkrafttretens der Kilometerhefte zur Aufhebung des Rabattkilometerheftes geführt hat. Dieses war allerdings eine Einrichtung, die zu schweren Bedenken Anlaß gab. Allein an Stelle der Abschaffung des Rabattkilometerheftes hätte konsequenterweise die Fortbildung der einmal begonnenen Reform treten müssen. Das ist leider nicht geschehen. Nur widerstrebend wurde schließlich das 500-Kilometerheft eingeführt, das auf's neue die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kilometerheftes bestätigte. Seitdem war ein Stillstand eingetreten und heute sieht man in Baden mit Bangen der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete der Verkehrspolitik entgegen. Herr v. Brauer geht und mit ihm verschwindet aller Wahrscheinlichkeit nach auch das Kilometerheft.

Als Politiker war Herr v. Brauer ein in jeder Beziehung nobler Charakter. Bei den Wahlen hat er eine vornehme Zurückhaltung beobachtet. Das sichert ihm bei allen Parteien ein ehrendes Andenken.

Die Stellung seines Nachfolgers wird voraussichtlich keine so leichte sein. Wir haben schon auf die bevorstehenden Wahlen hingewiesen. Dieselben werden, wenn nicht alle Anzeichen trügen, eine Verschiebung in der Vertretung der Parteien im Landtag zur Folge haben, die auf die Haltung des Ministeriums unter Umständen von Einfluß sein wird. Das Zentrum hat alle Aussicht, im künftigen Landtag eine relative Mehrheit zu bekommen, womit der Einfluß desselben ohne Zweifel ein erheblich größerer würde. Die Regierung würde in dieser Situation den Wünschen des Zentrums auf kirchenpolitischem Gebiete wohl oder übel teilweise Rechnung tragen müssen. Verhandlungen über die Zulassung einiger Klöster sind ja seit längerer Zeit im Gange. Sie würden durch eine relative Zentrumsmehrheit in der Kammer zweifellos zugunsten des Zentrums beeinflußt werden. Damit aber wäre der Konflikt zwischen dem liberalen Ministerium und den Nationalliberalen so gut wie sicher. Die Nationalliberalen halten an ihrer Kulturkämpferei fest. Auf irgendwelche liberalen fortschrittlichen Forderungen wollen sie sich nicht festlegen.

Es ist somit überhaupt fraglich, ob ein liberales Ministerium sich in Baden noch lange zu halten vermag. Kommen die Nationalliberalen nicht endlich zur Einsicht, so wird die reaktionäre Flutwelle in Baden noch stärker werden. Das Zentrum arbeitet mit großer Vorsicht und unter Aufbietung aller verfügbaren Kräfte. Gelingt es ihm, die Konservativen an seinen Wagen zu spannen, so ist ein Systemwechsel in der Regierung in absehbarer Zeit keine Unmöglichkeit. Dieser Systemwechsel wäre allerdings ein anderer, als ihn die Nationalliberalen vielleicht noch vor einiger Zeit zu hoffen wagten. Das Ministerium Dusch-Schenkel kann nicht gegen das Zentrum regieren, so lange der Liberalismus in Baden in seinen bisherigen Bahnen fortwurstelt.

Eine anti-ultramontane Kammermehrheit, die politisch aktionsfähig wäre, ist undenkbar, so lange die liberalen Parteien sich nicht auf ein wirklich liberales fortschrittliches Programm verpflichten.

Aus diesem Programm müßte die inkonsequente Kulturkämpferei entfernt werden und an ihrer Stelle der prinzipielle Kampf gegen den Klerikalismus proklamiert werden. Der Liberalismus ist, wenn überhaupt, so nur noch dann lebens- und aktionsfähig, wenn er den Mut besitzt, aus seinen Prinzipien die Konsequenzen zu ziehen. Ob er diesen Mut finden wird, ist allerdings mehr als fraglich. Leute wie Obkircher und Wilckens schließen eher mit dem Zentrum ihren Frieden, als daß sie diesem den Krieg auf dem Gebiete erklären, auf dem allein die Entscheidungsschlacht mit dem Klerikalismus, wie mit der Reaktion überhaupt geschlagen wird.

Das Zentrum weiß, was es will und es verfolgt eine Taktik, die der der Nationalliberalen weit überlegen ist. Wenn es seinen Zielen näher kommt, so tragen daran nur die Nationalliberalen die Schuld, die immer noch so töricht sind, zu glauben, sie könnten mit ihrer geheuchelten Religionsfreundlichkeit katholische Wähler einfangen. Daß Herr von Dusch Ministerpräsident geworden ist, sollte sie endlich belehren, daß sie den Kulturkampf endgiltig verloren haben. Noch steht ihnen ein Ausweg offen. Finden sie ihn nicht, so ist's um ihre Herrlichkeit in Baden für immer vorbei.

Politische Uebersicht.

*** Das Zentrum für die Militärvorlage.**

Nachdem das Zentrum am Dienstag die Neuforderungen der Kavallerie abgelehnt hatte, hat es sich am Mittwoch wieder von der anderen Seite gezeigt: es hat alle übrigen Militärforderungen glatt angenommen. Die Vermehrung der Infanterie um 8 Bataillone, der Pioniere um 3 Bataillone, der Verkehrstruppen um ein Bataillon wurde ohne weiteres bewilligt.

Alle prinzipiellen und praktischen Gründe, die gegen die neue Militärvorlage sprechen, haben nicht ausgereicht, um das Zentrum zur Ablehnung der höchst überflüssigen und schädlichen Neuforderungen zu bewegen. Zu einer Zeit, da die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Verwicklungen für Deutschland auf Null herabgesunken sind, sich die Finanzen des Reiches aber im Zustande schwerster Zerrüttung befinden, findet sich im deutschen Reichstage eine Mehrheit, die dem Militarismus neue Opfer an Gold und Menschen darbringt. Die Vertretung des deutschen Volkes läßt nicht nur eine kostbare Gelegenheit ungenützt, um aller Welt zu zeigen, daß das Volk den Frieden will, sondern sie fordert durch ihren Beschluß das Ausland zu neuem Mißtrauen und zu neuen Rüstungen heraus.

Der Schuldige dieses Beschlusses, das Zentrum, kann sich diesmal unmöglich auf die geheimen Mitteilungen berufen, die der Budgetkommission von der Regierung gemacht worden seien. Alle Welt weiß, daß das Reich an seiner Ostgrenze für Jahre hinaus durch die Japaner und die Revolution auf das Allerbeste geschützt ist. Alle Welt weiß auch, daß die Kulturarbeit der französischen Sozialdemokratie im Westen die Gefahr einer gewalttätigen Ueberrumpelung, seit Jahren ein fleisch- und blutloses nur in der Phantasie unserer Militärtreiber existierendes Schreckgespenst, so gut wie völlig gebannt hat. Die Haltung des christlichen Zentrums kann daher nur Wasser liefern auf die Mühlen der französischen Chauvinisten, die einen Weltkrieg entzünden möchten, um auf den Trümmern der französischen Republik Altar und Thron neu aufzurichten. Schon bei den letzten Militärdebatten der französischen Kammer, die vor einigen Tagen stattfanden, haben die Konservativen ihre übertriebenen Militärforderungen mit der drohenden Haltung zu begründen versucht, die Deutschland einnehme. Die deutsch-französische Grenze, führte da ein gräflicher Redner aus, starre auf deutscher Seite von Kanonen und Bajonnetten. Solche Schwarzmalerei wird ihren Zweck noch viel gründlicher erreichen, wenn das Reich angesichts einer beispiellos friedlichen Lage seine militärischen Rüstungen desto eifriger fortsetzt.

Die neue Militärvorlage dient nicht den nationalen Interessen des Vaterlandes, sondern den allgemeinen Zwecken der internationalen Reaktion. Darum hat auch das Zentrum dieser widersinnigsten aller Militärvorlagen den allergeringsten Widerstand entgegengesetzt. Die Ablehnung der kavalleristischen Forderungen durch die schwarze Diplomatie hat keine andere Bedeutung, als die einer echten Schacherkomödie, einer oppositionellen Maskerade, die Gelächter weckt, aber nicht irre führen kann. Man müßte wirklich erstaunt fragen, wo die gerühmte Bauernschlauheit bleibt, wenn die durchaus nicht militärfreundlich gesinnten Zentrumsbauern — von den katholischen Arbeitern gar nicht zu reden — solche billige Künste nicht durchschauten.

≅ Das neue Berggesetz.

Die Novelle zum preußischen Berggesetz, die infolge des rhein.-westf. Kohlengräberstreikes öffentlich verheißen worden war, ist jetzt endlich dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen. Sie entspricht den Erwartungen, die man nach den offiziösen Ankündigungen an sie stellen konnte, d. h. sie kommt den Wünschen der Arbeiter nur zum Teile entgegen und bleibt weit zurück hinter den Forderungen, die der Reichstag in seiner Resolution vom 23. Februar als unerläßlich an die Gesetzgebung gestellt hatte.

Was zunächst die grundlegende Forderung des **gesetzlichen Normalarbeitstages** betrifft, so hat sich die preußische Regierung nur zur Festsetzung eines sogen. **„sanitären“** Maximalarbeitstages verstanden. In Gruben, in denen die Temperatur über 22° beträgt, soll die Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab einschließlich der Einfahrt auf 8 1/2 Stunden, vom 1. Oktober 1908 (!) an auf 8 Stunden festgesetzt werden. Für Gruben mit einer Temperatur von mehr als 28° soll die Arbeitszeit 6 Stunden betragen. Um diese Bestimmungen den Zechenbesitzern nur ja nicht zu drückend werden zu lassen, ist den Oberbergämtern gestattet, in Einzelfällen den Anfangstermin für die Giltigkeit des Gesetzes auf zwei Jahre hinauszuschieben. Es kann vorausgesehen werden, daß dieser „sanitäre“ Maximalarbeitstag, statt den Streit zu entscheiden, nur zu einer neuen Quelle unaufhörlicher Streitigkeiten werden wird. Denn da die Grubentemperatur von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit einem starken Wechsel unterworfen ist, wird eine unparteiische Feststellung derselben zu den Unmöglichkeiten gehören. **Die preußische Bergreform hat daher im entscheidenden Punkte versagt.**

Die Beseitigung des Nullens soll, wie sie versprochen worden ist, tatsächlich durchgeführt werden. Auch Arbeiterausschüsse werden eingeführt, und zwar sollen als solche entweder die Kassenvorstände oder die Knappschaftsältesten gelten, oder aber sie sollen in direkter und geheimer Wahl gewählt werden. Daß dabei für die Wahlberechtigung gefordert wird, der Kandidat müsse der deutschen Sprache vollkommen mächtig sein, ist ein von hahnemannischem Geiste diktierter Bevormundungsversuch, der es den polnischen Belegschaften unmöglich macht, Männer ihres Vertrauens in den Ausschuß zu entsenden.

Wichtig ist schließlich auch die Bestimmung, daß die Höhe der monatlichen Strafen nicht den doppelten Tagesdurchschnittslohn übersteigen dürfen.

Ein näheres Studium der Vorlage wird erst eine genauere Kritik ihrer einzelnen Bestimmungen ermöglichen. Entscheidend aber wird es für ihre Beurteilung immer bleiben, daß der Reichstag für die Bergarbeiter einen gesetzlichen Normalarbeitstag gefordert hat, die preußische Gesetzgebung einen solchen nicht bewilligt. **Die Arbeiter des Ruhrreviers sind um die beste Frucht ihres Kampfes betrogen — durch das Dreiklassenwahlrecht.**

Aus Baden.

*** Ein Frosch-Mäusekrieg** zwischen Zentrum und Nationalliberalen ist wieder einmal ausgebrochen. Ein Professor Götz in Bonn hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Ultramontanismus mit der Keule der Wissenschaft totzuschlagen. Allein der Umstand, daß die „Bad. Landesztg.“ sich dieser

---

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. v. Sarauw.

28) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Nun, warum hast du die Sache denn noch nicht in Ordnung gebracht“, frug die Gattin des Ministers.

„Moh will nicht; er will sie so ungern wegschicken.“

„Moh — immer dieser Moh!“ rief die Frau Minister ärgerlich, „wenn Moh nicht will, steht du da und weißt nicht, was du sagen sollst. Man sollte fast glauben, daß er auf die eine oder andere Weise dich in der Macht hat, so daß du nicht gegen ihn zu mucksen wagst.“

„Hahaha — der arme Moh!“ lachte der Minister; aber das Lachen kam nicht recht vom Herzen und er sah eifrig aus dem Fenster, indem er antwortete: „Wenn dir wirklich so sehr darum zu tun ist, daß das Mädchen fortkommt, so soll es natürlich geschehen; ich kann es Moh geradezu befehlen —“

„Ja, scheint es dir nicht an der Zeit zu sein, daß du deine Macht gebrauchst, wenn du überhaupt welche hast? Du weißt nicht, welche Dummheiten Johann begeht, Alfred erzählt hundert Dinge —“

„Entschuldige! — aber so viel ich habe bemerken können, geht Alfred mindestens eben so häufig in die Portierswohnung wie Johann.“

„Nun ja, was liegt daran? Alfred ist vernünftig — ein Mann von Welt! Wenn er einem einfachen Mädchen den Hof macht, so wissen wir, was es zu bedeuten hat. Aber Johann! Du hast nie verstanden, wie gefährlich sein Naturell ist, wie unsäglich einfältig er ist — unter uns gesagt. Setzt er sich erst etwas in den Kopf, so ist er imstande, die größten Dummheiten zu begehen; ja, es sollte mich nicht wundern, wenn er eines Tages uns sagte, er wolle sich mit einem solchem Frauenzimmer verheiraten.“

„Aber, beste Adelheide, ich bitte dich, wie kannst du so etwas denken! So etwas darf natürlicherweise nicht geschehen, durchaus nicht!“

„Ja, ja, ich habe viel derartiges erlebt,“ entgegnete die Frau Minister; „man sagt so lange es ist unmöglich — bis der Schaden geschehen ist, und auf einmal sitzt man bis über die Ohren im Skandal. Nein, dem muß beizeiten Einhalt getan werden, das ist meine Ansicht; und weg soll sie — das abscheuliche rothaarige Ding. Bedenke doch, Daniel, welch' horribler Geschmack!“

„Du weißt aber doch, daß auch Alfred —“

„Kommst du nun wieder mit Alfred! Du hast ihn nie leiden mögen. Alfred hat etwas von einem Künstler an sich, wie viele in unserer Familie. Das rote, gegen die weiße Haut abstechende Haar — oder sonst etwas der Art, zieht ihn an. Und überdies — ich denke, du selbst warst in dem Alter auch nicht so wählerisch — wie?“

Dies Argument war das grobe Geschütz der Frau Minister, das stets den Kampf entschied; überdies war gerade zu Tisch gerufen.

„Wo ist Alfred?“ fragte der Minister, als nur die Hausmamsell im Eßzimmer zugegen war.

„Alfred! Der arme Junge! Er kommt nicht zum Essen,“ erwiderte die Gattin, „er war am Vormittage hier und sagte, er wolle aus dem Ministerium sofort zu Eriksen gehen, du weißt, zu seinem Freunde Kandidat Eriksen, der so krank ist.“

Der Minister machte in seinem stillen Sinn die Bemerkung, daß Kandidat Eriksens Krankheit sehr langwierig sei.

„Aber Hilda? — Wo ist Fräulein, Mamsell?“ fragte die Frau Minister.

„Das Fräulein kommt sogleich,“ erwiderte die Hausmamsell, „sie bat, es möge ihr gesagt werden, wenn angerichtet sei; sie ist unten in der Portierwohnung.“

„Hörst du, Daniel!“ flüsterte die Frau Minister. „Das listige Ding fängt nun an, sich auch bei der Schwester einzuschmeicheln.“

Als Hilda kam, wollte sie von ihrer neuen Freundin Christine erzählen, aber die Mutter wies sie kurz ab, und da sie auch bei ihrem Vater keine Stütze fand, schwieg sie.

Und im Schweigen verharrten alle drei während des Essens — eine verdrossene, ungemütliche Werkeltagsmahlzeit.

X.

Der Aeltermann hatte den ganzen Winter hindurch zahlreiche Briefe für den Njädel zu schreiben; einmal an Christine, und dann an Andreas wegen der „Sache“, die nie ein Ende nahm. Im Kopf des Aeltermanns begann sich ein kleines Mißtrauen gegen diesen Onkel Andreas zu regen; es konnte unmöglich seine Richtigkeit haben mit all diesem Gelde, das unaufhörlich gefordert wurde. Am meisten aber mißfiel ihm das, was Andreas in seinen letzten Briefen von Christine schrieb.

Es konnte aber nichts nützen, etwas Schlimmes über den Bruder zu sagen, denn es hatte bloß zur Folge, daß Njädel in Zorn geriet. Deshalb mußte der Aeltermann alles, was Njädel erspart hatte, fortschicken, und als es damit ein Ende nahm, mußte er ihm behilflich sein, Geld zu leihen.

Njädel war über die „Sache“ wie besessen; er dachte an nichts anderes und jeden Tag erwartete er, es solle Botschaft vom König kommen, daß er — Njädel — recht habe.

Der Aeltermann mußte auch Christine die Ratschläge und Ermahnungen erteilen, deren sie, wie Onkel Andreas vorgab, bedurfte; denn Njädel verlangte auf das Bestimmteste, es solle an sie geschrieben werden, ganz wie der Andreas es haben wollte, denn nur der Andreas verstände es und wäre der einzige, der für alles Rat wüßte.

Deshalb kostete es Christine viele Mühe, die Episteln des Aeltermanns zu verstehen; es ergriff sie aber ein unbestimmtes Gefühl, daß zu Hause nicht alles in Ordnung sei, obgleich es in jedem Briefe hieß, daß es Njädel in jeder Weise gut ginge. Noch wunderlicher aber kamen ihr die vielen Winke und Andeutungen, die ihr selber galten, vor. So saß sie eines Tages im Februar und grübelte über eine Stelle im letzten Briefe des Aeltermanns:

„Ich habe lange gelebt und vielen Kummer und Hunger gesehen aus Liebe und Betrug, wenn es einer von den feinen Leuten war, denn auf die ist kein Verlaß bei den Mädchen; aber du sollst beten, dein Herz möge von der kurzen Liebesluft abgewendet werden und sich einem verständigen Manne zuneigen, wenn er auch etwas alt ist, so tut es nichts, wenn es überstanden ist, wohingegen ein gutes Auskommen nach meinem Dafürhalten der größte Gewinn und Vorteil ist, nota bene auf die Dauer.“

Christine saß noch mit dem Briefe in der Hand, als sie Fräulein Hilda drüben auf der Straße am Fenster vorbeigehen und in den Torweg einbiegen sah. Es war Hildas feste Gewohnheit, bei Christine einzutreten, wenn sie aus der Stadt kam, so daß sie sich halb in Gedanken erhob und die Türe öffnete.

Hilda wollte erst vorbeigehen; nachdem sie sich aber vorsichtig nach allen Seiten umgesehen hatte, huschte sie hinunter und schloß die Tür hinter sich.

Christine betrachtete sie erstaunt.

„Du mußt niemand sagen, daß ich hier gewesen bin, Christine! Mama hat mir verboten, zu dir zu gehen!“

„Weshalb?“ fragte Christine ernst.

„Das kann ich dir nicht sagen,“ erwiderte Hilda und sah zur Seite, „aber ich glaube gewiß, daß es nicht wahr ist, was Mama sagt.“

„Was sagt deine Mutter?“ wiederholte Christine in demselben Tone.

„Ach nein, frage mich nicht, Christine!“ bat Hilda und wollte wieder gehen.

„Ich will es wissen,“ sagte Christine und faßte sie am Arm.

(Fortsetzung folgt.)

Keule mit dem gewohnten „Erfolge“ bedient, zeigt, daß es mit der Wissenschaft des Professors, der sein Buch einer nationalliberalen Fraktion gewidmet hat, nicht sehr weit her ist. Natürlich ist es wieder der Syllabus, mit dem der Ultramontanismus vernichtet werden soll. Wenn doch die Nationalliberalen endlich begreifen wollten, daß dieser Syllabus in letzter Linie nichts anderes ist, als die Konsequenz aus den Prinzipien und der Weltanschauung der katholischen Kirche. Ebenso ist der Ultramontanismus nichts anderes, als die in's weltliche übersetzten Prinzipien der katholischen Kirche.

Wer also die Gefahr dieses Ultramontanismus bannen will, muß auch so viel Mut besitzen, den Kampf gegen denselben mit der nötigen Konsequenz zu führen. Sind die Lehren der katholischen Kirche — denn nur um diese handelt es sich in letzter Instanz — so staatsgefährlich, ei warum läßt man sie in der Schule von Staatswegen denn lehren und dies zwar als göttliche Wahrheit? Man komme doch nicht immer mit der faulen und täppischen Ausrede, zwischen Ultramontanismus und katholischer Kirche sei ein prinzipieller Unterschied zu machen. Anerkennt denn einer von den „guten Katholiken“ im nationalliberalen Lager die lehramtliche Unfehlbarkeit des Papstes? Bewerben sich diese nationalliberalen „guten Katholiken“ um einen Jubiläums- oder sonstigen Ablaß? Glauben denn diese nationalliberalen „guten Katholiken“ überhaupt an nur ein Dogma der katholischen Kirche? Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir das nicht glauben und noch niemals geglaubt haben.

Wer den Ultramontanismus, sein System der Geistesknechtschaft bekämpfen will, der muß ihm vor allem den Stuhl vor die Türen unserer Schulen setzen. Die katholische Kirche soll dieselben Rechte und Freiheiten besitzen, wie jede andere Körperschaft, aber sie soll auch keine Privilegien haben, so wenig wie irgend eine andere Religions- oder sonstige Gemeinschaft. Ungehindert und frei soll sie in Wettbewerb mit andern Weltanschauungen treten können. Der moderne Staat ist weder christlich, noch ist er katholisch, noch protestantisch, er muß interkonfessionell sein. Daß er trotzdem für gewisse kirchliche Gemeinschaften Privilegien gewährt hat, ist die größte Inkonsequenz. Und nur aus dieser Inkonsequenz resultiert der Kulturkampf mit all dem, was drum und dran hängt. Nie wird dieser trostlose Zank, bei dem nur der Ultramontanismus Vorteile gewinnt, aufhören, wenn diese Inkonsequenz nicht beseitigt wird. Aber die Nationalliberalen bringen es gegenüber dem Ultramontanismus ebensowenig fertig, ehrlich zu sein, als gegenüber den Arbeitern. Ihre „Religionsfreundlichkeit“ ist genau dasselbe, was ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ ist, d. h. eine erbärmliche Heuchelei. Deshalb ziehen sie beim Kampf gegen den Ultramontanismus ebenso den Kürzeren, als sie ihn gegenüber der Sozialdemokratie von jeher gezogen haben.

* **Milde Richter.** Die Studenten, welche dem Chefredakteur des „Heidelb. Tagblattes“ seinerzeit zwei Duellforderungen zugehen ließen, weil er es gewagt hatte, das Benehmen dieser Herren so zu kennzeichnen, wie es sich gehört, wurden von der Strafkammer zu je **5,** der Kartellträger zu **2 Tagen** Festungshaft verurteilt. Milder kann man solche Gesetzesübertretungen gewiß kaum noch bestrafen. Derartige Strafen sind nicht geeignet, dem Duellunfug ein Ende zu machen, eher kann man schon das Gegenteil behaupten, zumal wenn dem Urteil noch eine solche Begründung beigegeben wird, wie dies in Heidelberg geschehen ist. Das Gericht hat nämlich bei der Strafabmessung berücksichtigt, „daß in den Zeitungsartikeln des „Heidelberger Tageblatt“ zwei Ausdrücke vorkommen, die in der Tat von den Angeklagten weniger als Rüge, sondern als eine Beleidigung aufgefaßt werden konnten. Diese Ausdrücke sind: „Roheit und Unanständigkeit“ und wenn man besonders berücksichtigt, gegen wen sie sich richteten, so waren sie entschieden beleidigender Natur“.

So das Heidelberger Gericht. Gegen wen haben sich nun die Ausdrücke gerichtet? Gegen zwei Studenten, von welchen der eine als Sauhirte und der andere als „dessen Gattin“ verkleidet im Theater erschienen und dort einen derartigen Radau machten, daß die Polizei gezwungen war, dagegen einzuschreiten. Die „gebildeten“ Herrchen wurden für diesen „Spaß“ zu je 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Wären's Arbeiter gewesen, so hätten sie wegen Hausfriedensbruch wahrscheinlich einige Wochen oder gar Monate Gefängnis erhalten. Für sie, d. h. für die Arbeiter, wären die Ausdrücke „Roheit und Unanständigkeit“ wahrscheinlich auch nicht als beleidigend vom Gericht erklärt worden. Aber es waren ja keine Arbeiter, sondern Söhne der Gebildeten, „gebildete Söhnchen“. Die verüben keine Roheiten und sind auch nicht unanständig, selbst wenn sie als Sauhirten verkleidet ins Theater kommen und Skandal machen. Sie machen damit von ihrer „akademischen Freiheit“ Gebrauch und wenns dabei roh und unanständig zugeht, so soll man sich ja hüten, das etwa in der Zeitung auszusprechen. Doch hören wir, was die Urteilsbegründung noch zu sagen hat:

> Die Presse, die allerdings die Aufgabe hat, Dinge zu rügen, die, wie der vorliegende Fall, ein Einschreiten der Polizei erforderten, darf dies denn doch nicht in einer Weise tun, daß der Eindruck der Beleidigung hervorgerufen wird, sondern sie muß ihre Kritik in den richtigen Formen halten. Es hätte sich also gehört, daß das Publikum in der Zeitung zunächst einigermaßen darüber aufgeklärt wurde, was denn eigentlich im Theater geschehen sei und was die Bezeichnung „roh und unanständig“ verdiene. Das große Publikum dachte sich infolge Ausbleibens von Mitteilungen hierüber ganz etwas Schlimmes und somit geht aus dem Artikel die Absicht der Beleidigung klar hervor. (!) Und diese Absicht wird verstärkt durch die Anmerkung in dem späteren Artikel: „Es waren wieder Schwaben!“ Die Angeklagten **mußten** nach vielfach herrschenden Anschauungen unter diesen Umständen zu ihrer Herausforderung zum Zweikampf kommen.

Hat man schon einmal so etwas in einer Urteilsbegründung gelesen? Was müssen denn in Heidelberg die Studenten tun, wenn man sich etwas „Schlimmes“ dabei denken soll? Und wo bleibt denn das gesetzliche Duellverbot, wenn die Urteilsbegründung sagt, die Studenten **mußten** nach vielfach herrschenden Anschauungen zu ihrer Herausforderung zum Zweikampf kommen?

Müssen Arbeiter, nach den unter ihnen herrschenden Anschauungen nicht etwa auch zu der Ansicht kommen, ein Streikbrecher sei ein Verräter an den Arbeiterinteressen und müssen sie nach den unter ihnen herrschenden Anschauungen nicht unter Umständen dazu kommen, einem solchen Streikbrecher das Fell zu vergerben?

Aber kein Gericht würde solchen Anschauungen unter den Arbeitern Rechnung tragen, ganz im Gegenteil, wie die Praxis lehrt. So milde Richter wie die Heidelberger Studenten, finden Arbeiter nie, nicht einmal wenn sie weniger Schlimmes getan haben, als die Heidelberger Musensöhne. Solche Urteile können wahrhaftig nicht zur Stärkung des Rechtsbewußtseins beim Volke beitragen.

Deutsches Reich.

Der Papst und die Demokratie. Wie die Germania“ mitteilt, hat der Papst an den Kardinal Svampa ein Schreiben gerichtet, in dem er sich abermals in scharfen Ausdrücken gegen die sog. „christliche Demokratie“ wendet. Eine christlich-soziale Bewegung könne nach seiner Ansicht nur bestehen, wenn sie sich der Aufsicht der Bischöfe unterstellte. Die Demokraten hätten aus Verlangen nach einer falsch verstandenen Freiheit die Disziplin zu brechen versucht, sie strebten nach gefährlichen Neuerungen, die die Kirche nicht billigen könne, sie seien zu Rebellen gegen die Autorität der Kirche geworden. Der Papst bedauert, daß so viele unglückliche junge Leute der Demokratie anhängen und ermahnt sie, denen zu mißtrauen, die sie ins Verderben führen wollten. — An dem Kongreß der christlichen Demokraten in Bologna dürften wahre Katholiken nicht teilnehmen; Priester, die ungehorsam wären, würden den kanonischen Strafen verfallen.

Der Vater in Rom redet also ganz dieselbe Sprache wie das Väterchen in Petersburg, und der Unterschied besteht nur darin, daß Väterchen schießen lassen kann, während dem Vater kein anderes Zwangsmittel übrig bleibt als die kanonischen Strafen. Uebrigens begreift man angesichts der geistigen Strömungen, die jetzt den Vatikan beherrschen, warum sich das fromme deutsche Zentrum so wenig nach einer päpstlichen Nunziatur in Berlin sehnt.

Ausland.

Schweiz.

ac. **Antwort an die russische Regierung.** Die „Humanité“ will durch gewisse Indiskretionen bereits zur Kenntnis der Antwort gekommen sein, die die Schweiz der russischen Regierung auf deren unverschämte Note vom 20. Februar erteilt hat. Bekanntlich hatte sich Rußland durch seinen Gesandten darüber beklagt, daß in Bern bei der Sammlung zugunsten der Opfer des Zarismus die Behörde die Wahlurnen hergegeben hatte. Ferner war über die scharfe Schreibweise der sozialistischen Organe in Bezug auf die Person des Zaren Klage geführt worden.

Die Antwort der Schweizer Regierung nun soll dem Sinne nach dahin gelautet haben, daß die in Bern veranstaltete Kollekte zum Tadel keinerlei Anlaß gebe. Was ferner die Sprache der Zeitungen betreffe, so könne die Schweizer Regierung in dieser Hinsicht nichts tun, da ihr keinerlei gesetzliche Bestimmung die Möglichkeit gebe, hier einzuschreiten!

Hoffentlich bewahrheitet es sich, daß die Schweiz ihre Antwort in so energischen Worten erteilt hat.

Rußland.

ac. **Das deutsche Konsulat in Warschau** soll nach französischen Informationen unter strengster militärischer Bewachung stehen.

Es verlautet, der deutsche Konsul habe einen Drohbrief erhalten, woraufhin sofort die scharfe Observierung des deutschen Konsulats angeordnet wurde. Diese Nachricht muß eigentlich in Erstaunen versetzen, da wir ja in letzter Zeit hörten, daß gerade die Vertreter auswärtiger Nationen in Rußland von den Revolutionären durch Briefe in fürsorglicher Weise auf allerhand Gefahren aufmerksam gemacht wurden. Wenn jetzt den deutschen Funktionären gegenüber ein anderes Verfahren beobachtet werden sollte, so läßt das allerdings tief blicken. In letzter Linie hätte die russische Regierung selber sich die Schuld beizumessen, wenn unangenehme Ereignisse im oben angedeuteten Sinne sich abspielen sollten, denn wir haben ja dieser Tage gehört, zu wie plumpen Machenschaften man gerade in Russisch-Polen seine Zuflucht nimmt. Wir meinen u. a. jenen Aufruf der „Arbeiter-Vereinigungen“ der „national-demokratischen Partei“ mit den eigentümlichen Worten: „Deutschland würde niemals dulden, daß eine solche (revolutionäre) Bewegung von Erfolg gekrönt würde.“

Angesichts derartiger Provokationen wäre es allerdings nicht verwunderlich, wenn wir in nächster Zeit von Gegen-Demonstrationen zu hören bekämen.

Aus der Partei.

Hohenwettersbach, 8. März. Der sozialdemokratische Verein hielt am Sonntag seine erste Versammlung ab. Genosse Trinks aus Durlach referierte über den Parteitag in Offenburg und ging auf die Stellungnahme unserer Partei bei den diesjährigen Landtagswahlen ein. Des weiteren setzte Redner den Anwesenden in überzeugender Weise die Notwendigkeit der politischen Organisation auseinander. Der Verein zählt zurzeit 30 Mitglieder. Es wäre nur zu wünschen, daß auch die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter in Grünwettersbach unserem Beispiel folgen würden. Die Genossen, die im Laufe des Sommers Ausflüge machen, möchten wir ersuchen, nur in der Parteiwirtschaft „zur Hochburg“ zu verkehren, damit der Wirt den Chikanen, die ihm von seiten guter „Freunde“ gemacht werden, Stand halten kann.

Die Genossen des 53. badischen Landtagswahlbezirkes werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Wahlkomitee konstituiert hat und aus folgenden Personen besteht: Vorsitzender Karl Begero, Schlosser, Pforzheimerstraße in Bretten, Kassier Josef Munding, Schlosser, Melanchthonstraße in Bretten, Beisitzer: Karl Pfitzner, Karl Rupp, Wilh. Muckenfuß und Jak. Schmidt, sämtlich in Bretten. An die Genossen des 53. Wahlbezirks tritt nun die Aufgabe heran, mit aller Energie die Agitation zu betreiben und dem Komitee hilfreich zur Seite zu stehen. Alle Zuschriften sind an K. Begero, Gelder an Josef Munding in Bretten zu senden.

Soziale Rundschau.

* **Der Jahresbericht der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften für 1904** wird in der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht. Die Generalkommission bespricht zunächst die großen Streiks des Jahres 1904 und weist das Gerücht zurück, als habe sie in Crimmitschau ihren überwiegenden Einfluß für Abbruch des Kampfes geltend gemacht.

Für 1904 sind zum ersten Male Erhebungen über die ohne Streiks verlaufenen Lohnbewegungen gemacht worden. Das Ergebnis dieser Statistik wird voraussichtlich bis zum Gewerkschaftskongreß veröffentlicht werden können. Auch wurde die Streikstatistik dahin erweitert, daß der Erfolg des einzelnen Streiks, der in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung eingetreten ist, festgestellt wird, desgleichen die bei verloren gegangenen Abwehrstreiks eingetretene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Durch diese Feststellungen, in Verbindung mit der Statistik über die Lohnbewegungen dürften die Gewerkschaften zu einer Uebersicht über die alljährlich eintretenden Veränderungen der Dauer der Arbeitszeit und der Höhe der Löhne kommen, wie sie in England amtlicherseits in Verbindung mit den Gewerkschaften seit einem Jahrzehnt alljährlich gegeben wird. In England kam die Anregung von der amtlichen Stelle, in Deutschland wird die amtliche Stelle vielleicht nach einem Jahrzehnt den Gewerkschaften mit solchen Erhebungen folgen.

Ueber die Agitation und ihre Hilfsorgane wird berichtet, daß von letzteren zurzeit besonders folgende tätig sind: 1. Die Agitationskommission für Ost- und Westpreußen mit einem besoldeten Beamten, der seinen Wohnsitz in Elbing hat. 2. Die Agitationskommission für die Provinz Posen mit einem besoldeten Beamten in Bromberg. An diesem Orte wird auch ein Arbeitersekretariat erhalten. Die Kosten dafür werden zumteil aus Beiträgen der Gewerkschaften Brombergs gedeckt. 3. Die Agitationskommission für Oberschlesien mit einem besoldeten Beamten in Kattowitz. Der Beamte steht zugleich dem Arbeitersekretariat vor, das an dem gleichen Orte ist und dessen gesamte Unkosten von der Generalkommission gedeckt werden. 4. Die Agitationskommission für das Saargebiet mit einem besoldeten Beamten in St. Johann-Saarbrücken. Hier ist gleichfalls ein Arbeitersekretariat errichtet, dessen Erhaltungskosten von der Generalkommission in Gemeinschaft mit den Verbänden der Bergarbeiter, Glasarbeiter und Porzellanarbeiter getragen werden. 5. Das Arbeitersekretariat für das Sauerland unter Leitung der Kreisgewerkschaftskommission. Der Sekretär ist vollbesoldet und werden die Kosten für das Sekretariat aus Zuschüssen der Generalkommission, des Verbandes der Metallarbeiter und aus Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirks gedeckt. Das Sekretariat, das bisher in Iserlohn war, ist am 1. März 1905 nach Lüdenscheid verlegt. Der Sekretär hält in allen größeren Orten des Bezirkes regelmäßige Sprechstunden ab. 6. Die Agitationskommission für Elsaß-Lothringen mit dem Sitz in Straßburg i. E. Diese Kommission hat keinen besoldeten Beamten. Die Generalkommission stellt der Agitationskommission ausreichende Mittel zur Deckung der Unkosten der Agitation zur Verfügung. Einen kleinen Zuschuß zur Deckung der Unkosten für gemeinsame Agitationseinrichtungen gewährte die Generalkommission außerdem noch für Rheinland-Westfalen, wo die Gauleiter des Bezirks in regelmäßigen Zusammenkünften, die von einer engeren Kommission berufen werden, die Agitation einheitlich zu gestalten suchen.

Beim „Korrespondenzblatt“, dem „L'Operaio Italiano“ und der „Oswiata“ sind im letzten Jahre erhebliche Aenderungen nicht eingetreten. Die Auflage des Korrespondenzblattes erhöhte sich von 14 500 Exemplaren im Jahre 1903 auf 15 800 im Jahre 1904.

Das Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin und seine Tätigkeit haben nicht unbedeutend an Umfang zugenommen. Es gingen im Berichtsjahre 968 Streitsachen ein gegen 633 im Vorjahre, mithin war eine Zunahme von 335 zu verzeichnen. Mit den 121 nichterledigten Streitsachen aus dem Jahre 1903 waren in Summa 1089 Sachen zu bearbeiten, davon sind 879 durch Entscheidung des Reichsversicherungsamtes erledigt, unerledigt blieben 210, darunter 8 Sachen aus dem Jahre 1903. 992 (gegen 608 im Vorjahre) Termine wurden für Arbeiter wahrgenommen. Das Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. übertwis 38 Sachen, mehr noch München (43), Oberhausen (59) und Dortmund (72). Von den Streitsachen waren 873 Unfallprozesse. Geklagt wird darüber, daß die Streitsachen, die zur Vertretung übermittelt werden, selten in ausreichender Weise vorbereitet und schriftlich begründet sind; selbst auf eine große Zahl der von Sekretariaten bearbeiteten Sachen trifft dies zu. Daraus erklärt sich die ausgedehnte Korrespondenz. Seine Aufgabe, den Versicherten ergiebigen Rechtsschutz zu gewähren, kann das Sekretariat nur erfüllen, wenn es rechtzeitig — nicht erst ein paar Tage vor Stattfinden des Termins — ein möglichst vollständiges Aktenmaterial und Information erhält.

Das Berliner Gewerkschaftshaus im Jahre 1904. Der Geschäftsbericht für 1904 zeigt ein günstigeres Bild, als in den Jahren vorher. In den Jahren 1901—1903 betrug das Defizit 23,167.82 Mk., im Jahre 1904 ist ein Verlust von 1443.59 Mk. entstanden. Bemerkenswert ist, daß der Bierabsatz im Restaurant und in den Sälen zurückgeht. Der durchschnittliche Bierabsatz betrug pro Monat: Im Jahre 1900: 284,7 Hektoliter, im Jahre 1904: 240,0 Hektoliter. Zugereist sind im Jahre 1904 18,407 Personen gegenüber 15,621 im Jahre 1903. Uebernachtet haben 65,154 gegen 61,290 Personen im Vorjahre. Von den Zugereisten waren im Jahre 1903 organisiert 11,662, im Berichtsjahr 14,436 Personen, unorganisiert waren im Jahre 1903 3959, im Jahre 1904 3971 Personen. Der Prozentsatz der Organisierten betrug 78,8 Proz. gegen 74,6 Proz. im Vorjahre. 196 Betten sind vorhanden. Für 92 Betten beträgt der Preis des Uebernachtens 40 Pfg., für 54 Betten 50 Pfg., für 24 Betten 60 Pfg., für 22 Betten 75 Pfg. und für 4 Betten 1,50 Mk.

Gerichtszeitung.

§ **Karlsruher Strafkammer III.** (Sitzung vom 8. März.)

Die Anklage gegen den Blechnermeister K. Müller aus Plittersdorf wegen Beleidigung gelangte nicht zur Verhandlung.

Mehrere Fälle waren Berufungssachen, die durch folgende Urteile ihre Erledigung fanden. Eisenbahngehilfe Adolf Heilmann aus Ettlingen 10 Tage, Eisenbahngehilfe Heinrich Nuber aus Spranthal, wohnhaft in Ettlingen, 14 Tage und Kaufmann August Schmidt aus Sulzfeld 1 Woche Gefängnis wegen Sachbeschädigung; Kaufmann Heinrich Simon aus Berlin wegen Uebertretung des § 49 P.St.G.B. 30 Mk. Geldstrafe; Kaufmann Ferdinand Lienard aus Lille, wohnhaft in Baden, wegen Beleidigung 100 Mk. Geldstrafe.

Der Schneider David Reiß aus Hesselhurst war wegen Betrugs im Rückfall angeklagt. Das Opfer seiner Schwindeleien wurde der Schneidermeister Richard Schneider in Baden. Der Angeschuldigte war im Frühjahr 1903 von Schneider beauftragt worden, für ihn Bestellungen auf Anzüge aufzunehmen. Reiß brachte eines Tages einen Auftrag von vier Anzügen, die dann auch von Schneider in Arbeit genommen wurden. Zwei dieser Anzüge im Werte von 165 Mk. wurden Reiß zur Ablieferung übergeben. Mit diesen Anzügen verschwand der Angeklagte aus Baden. Seine Bestellungen waren, wie sich nachher herausstellte, fingierte; er hatte sie gemacht, um in den Besitz der Anzüge zu kommen, durch deren Verkauf er sich Geldmittel verschaffen wollte. Einen der Anzüge brachte er für 54 Mk. in Freiburg an den Mann. Der Angeklagte war geständig. Er wohnte früher in Denzlingen, von wo er unter Zurücklassung seiner Frau und seiner beiden Kinder seinerzeit plötzlich unbekannt wohin abgereist war. Das Gericht verurteilte Reiß zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

* * *

-n **Konstanz,** 9. März. Auf der Tagesordnung der heutigen Strafkammerverhandlung stand die Berufungsklage der 17 Baumeister von Konstanz gegen das schöffengerichtliche Urteil vom 28. September v. J. Die Vorgeschichte dieses Prozesses datiert von dem Maurerstreik vom vorigen Jahre. Die Baumeister hatten bekanntlich die Forderungen der Maurer verweigert und haben sich erst während des Streiks zu einem Unternehmerverband organisiert. Drei hiesige Baumeister hatten die Forderungen der Maurer bewilligt und sich nicht dem Unternehmerverband angeschlossen. Der Unternehmerverband versuchte nun durch Anwendung verschiedener Mittel, die drei Baumeister zu bewegen, dem Verband beizutreten. Die hauptsächlichsten Mittel bestanden darin, daß über die drei Baumeister die Materialsperre verhängt wurde. Der Streik, welcher von beiden Parteien mit Energie ausgefochten wurde, hatte für die Maurer keinen positiven Erfolg. Die Mitglieder des Unternehmerverbandes erhielten eine Anklage wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung. In der Schöffengerichtsverhandlung vom 28. September wurden die 17 Angeklagten zu je 1 Tag Gefängnis und die Kosten verurteilt. Hiergegen haben sowohl die Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Verhandlungen begannen vormittags 9 Uhr. Den Vorsitz führte Herr Landgerichtsdirektor Waag, als Beisitzende waren tätig die Herren Landgerichtsräte Rieder, Kempf, Ottendörfer und Oster. Die Staatsanwaltschaft war vertreten durch Amtsanwalt Enge, als Verteidiger fungierten die Herren Rechtsanwälte Dr. Winterer und Dr. Bauer. Die Angeklagten Baumeister Geßwein, Greiner, Walter, Hettig, Gor, Bleicher, Elgaß, Blattner, Dörger, Gasser, Raidt, Heinemann, Bauer, Maier, Helf, Badent und Sauter waren alle anwesend. Der Angeklagte Maier erschien mit Orden und Ehrenzeichen. Die Verlesung der Anklageschrift und des schöffengerichtlichen Urteils nahm eine Stunde in Anspruch. Der angeklagte Vorsitzende des Unternehmerverbandes erklärte, daß er seine Ausführungen vorm Schöffengericht aufrecht erhalte. Er erblicke darin nichts unrechtes, daß der Unternehmerverband den Boykott über die Fuhrleute, Ziegeleien und Segelschiffer angedroht habe, wenn dieselben den drei Baumeistern Material liefern würden. Der Boykott war auf 5 Jahre angedroht. Geßwein führt aus, daß der Streik nicht ausgebrochen wäre, wenn die Hetzer nicht von auswärts gekommen wären. Wir haben in Konstanz christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine, evangelische Arbeitervereine und Arbeiterfortbildungsvereine; in diesen Vereinen waren unsere Arbeiter bisher Mitglied und waren auch zufrieden; wir brauchen in Konstanz den deutschen Maurerverband nicht. Dieser hat nur Unruhe in Konstanz verursacht. Der Lohn sei von 3,60 Mk. im Jahre 1899 auf 4 Mk. im Jahre 1904 für gute Maurer gestiegen. Der Angeklagte, welcher sich verschiedenemale gegen den Amtsanwalt vom Schöffengericht wendet, wird vom Vorsitzenden aufgefordert, sachlich zu sprechen.

Der Angeklagte Greiner schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Geßweins an. Bei ihm haben sich von 73 Arbeitern nur etwa 20 an dem Streik beteiligt. Seine Arbeiter seien immer zufrieden gewesen, weil dieselben bei den christlichen Gewerkschaften 2c. Mitglieder seien. Nur die Hetzer des Maurerverbandes, welche von auswärts gekommen, hätten seine Arbeiter aufgewiegelt. Das Gesuch des Unternehmer-Verbandes an das Bezirksamt um Stellung von Schutzleuten zum Schutze der Arbeitswilligen hätte wenig Entgegenkommen gefunden.

Angeklagter Walter selbst hat nie an den Versammlungen des Unternehmer-Verbandes teilgenommen, erklärt sich aber mit den Beschlüssen des Verbandes solidarisch. Der Streik sei eine Machtfrage gewesen. Gegenüber den Hetzern, welche beim Streik vom Maurerverband von auswärts geschickt worden, sei es notwendig gewesen, daß auch die Unternehmer sich organisierten. Die Streikenden hätten Schuhnägel auf die Rheinbrücke gestreut, damit die Arbeitwilligen mit ihren Fahrrädern nicht nach der Arbeitsstelle gelangen könnten.

Es wurde auch den Arbeitswilligen mit Bomben gedroht. Wir konnten doch nicht warten, bis 10—20 Mann totgeschlagen wurden, wir wehrten uns vorher. Die Aussagen der übrigen Angeklagten hielten sich im Rahmen des vorher Genannten. Alle wiederholen, daß sie mit den Beschlüssen des Unternehmer-Verbandes sich solidarisch erklären und den Maurerverband nicht anerkennen. Geßwein und Walter heben noch hervor, daß Baumeister Walz nur zufällig bei Walter auf Besuch war und auf dessen Wunsch an den Versammlungen des Unternehmerverbandes sich beteiligte. Walz habe nicht gehetzt, sondern zum Frieden geraten und über interne Angelenheiten des Unternehmerverbandes gesprochen. Hiermit war die Einvernahme der Angeklagten beendigt. Auf die Zeugen Blumenrother, Roth und Schrag wird verzichtet.

Es folgen nunmehr die Verlesungen von Urkunden. Eine Eingabe des Maurerverbandes stellt die Forderungen der Streikenden fest: Stundenlohn für Maurerparliere von 45—50 Pf., für Maurer über 20 Jahre 40—42 Pf., unter 20 Jahre 38 Pf., für Handlanger 30—32 Pf.

Ein Brief des Unternehmerverbandes an Baumeister Schmal-Radolfzell fordert, daß derselbe keine Maurer von Konstanz beschäftigt. Mehrere Briefe des Unternehmerverbandes an Berufskollegen um Aufforderung zum Beitritt in den Verband usw. kommen zur Verlesung. Durch die Korrespondenz zwischen dem Unternehmerverband und Maurerverband stellt der Vorsitzende fest, daß die Unternehmer doch mit dem Maurerverband verhandelt haben, welchen er nicht anerkennt.

Mittagspause von halb 1—4 Uhr.

Badische Chronik.

* **Karlsruhe,** 10. März.

* **Die dem badischen Arbeiter-Sängerbund angehörenden Vereine von Karlsruhe und Umgebung** veranstalten am Sonntag, den 19. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr beginnend, im Saale des „Kühlen Krug“ ein Bezirks-Konzert. Ueber 600 Sänger werden bei diesem Konzert mitwirken. Es nehmen folgende Vereine an dem Konzert teil: Sängerbund „Vorwärts“-Karlsruhe, „Lassallia“-Karlsruhe, „Bruderbund“-Karlsruhe-Mühlburg, Sängerabteilung des Arbeiterbund „Vorwärts“-Durlach, Sängerabteilung des Turnvereins Aue, „Freundschaft“-Bulach, „Bruderbund“-Mörsch, „Edelweiß“-Daxlanden, „Harmonie“-Bruchsal, „Vorwärts“-Weingarten und „Eintracht“-Ettlingen. Der Eintrittspreis ist auf 25 Pf. festgesetzt. Bei dem regen Interesse, das man den Arbeitergesangvereinen in den Kreisen der Partei- und Gewerkschaftsgenossen entgegenbringt, ist zu erwarten, daß die Veranstaltung recht zahlreich besucht wird.

* **Der hiesige Ortsverein des Buchdrucker-Verbandes** hat sein Lokal seit 1. März ds. Js. nach der Restauration zur „Karlsburg“, Akademiestraße 30, verlegt. Anläßlich des Einzugs in das neue Vereinslokal wird am nächsten Sonntag, vormittags 11 Uhr, ein Frühschoppen-Konzert abgehalten.

* **Das Karl Wilhelm-Denkmal** soll nach einer an den Stadtrat gelangten Mitteilung der Generalintendanz der großh. Zivilliste als Reiterdenkmal für sich allein erstellt werden. Die Frage, ob mit dem Denkmal in künstlerisch befriedigender Weise ein Marktbrunnen verbunden werden könnte, ist von dem mit der Ausführung des Denkmals betrauten Künstler verneint worden. Der Stadtrat ist mit dieser Lösung der Denkmalsfrage einverstanden.

* **Die Baupläne für die Erbauung der Bonifaziuskirche** an der Ecke der Sofien- und Schillerstraße wurden dem Stadtrat mitgeteilt, der keine Beanstandungen geltend zu machen hat. Der Stadtrat spricht aber gegenüber dem Bezirksamt den Wunsch aus, es möchte seinerzeit bei Ueberbauung des benachbarten Grundstückes an der Schillerstraße aus ästhetischen Gründen auf die Erstellung eines zur Kirche in Material-Färbung und Architektur passenden Baues Bedacht genommen werden.

* **Ueber „Staat und Kirche in ultramontaner Auffassung“** spricht hier am Montag Abend im großen Festhallesaal der bekannte Graf Hoensbroech. Der Vortrag, dessen Beginn auf halb 9 Uhr festgesetzt ist, findet auf Veranlassung der hiesigen freien anti-ultramontanen Vereinigung statt. Dem Vortrag soll sich eine Diskussion anschließen. Eintrittskarten kosten 20 Pf. Der Expedition des „Volksfreund“ wurde eine Anzahl Eintrittskarten zur Verfügung gestellt, die an Arbeiter zum Preis von 10 Pf. abgegeben werden. Man darf wohl annehmen, daß auch viele Arbeiter gerne die Gelegenheit wahrnehmen, den interessanten Redner einmal zu hören.

Im städtischen Krankenhaus betrug im Monat Februar dieses Jahres der höchste Krankenstand (am 1.) 291 Personen, der niederste (am 18.) 258, der Zugang 234, der Abgang 267, der Stand am 28. Februar 258 Personen.

* **Der Bund Heimatschutz** erläßt folgenden Aufruf gegen die Zerstörung der Laufenburger Stromschnellen:

Nach Zeitungsnachrichten steht die Genehmigung des derzeitigen Projektes eines Kraftübertragungswerkes bei Laufenburg, durch welches die dortigen Stromschnellen, eines der schönsten Landschaftsbilder Deutschlands, ja der ganzen Welt, vollständig zerstört werden sollen, unmittelbar bevor.

Wir wissen wohl, daß in der heutigen Zeit scharfen internationalen Wettkampfes auf industriellem Gebiet auf die Ausnützung der hier vorhandenen Wasserkräfte nicht verzichtet werden kann und verlangen daher auch nicht die gänzliche Unterlassung der geplanten Erschließung aus Rücksicht auf die Naturschönheit; wohl aber meinen wir, daß es unrichtig ist, etwas zu zerstören, was keine Menschenkunst je wieder bereiten kann, um etwas zu erlangen, was man heute schon und wahrscheinlich bald in noch weit vollkommenerem Grade aus den häufigsten und gleichartig wiederkehrenden Naturerscheinungen gewinnen kann.

Die vom Bund Heimatschutz in diesem Sinne an die beteiligten Regierungen gerichtete Bitte, vor Erteilung der jetzt schwebenden Konzession Gutachten der ersten technischen Autoritäten in Deutschland und der Schweiz einholen, oder ein Preisausschreiben unter den Sa-

genieuren aller Länder veranstalten zu lassen, um eine Ausnützung der Laufenburger Wasserkräfte unter tunlichster Erhaltung der Naturschönheit zu ermöglichen, und sein Anerbieten, nötigenfalls die Mittel dafür aufzubringen, sind bisher erfolglos geblieben. Die Unterzeichneten wenden sich daher jetzt an die öffentliche Meinung von ganz Deutschland und der Schweiz mit einem Protest nicht gegen das Kraftwerk überhaupt, aber gegen das jetzige Projekt — in der Ueberzeugung, daß ein Weg gefunden werden kann und jedenfalls mit den vom Bunde Heimatschutz vorgeschlagenen Mitteln gesucht werden muß, um dem deutschen Volke dieses Kleinod zu erhalten.

Zustimmungserklärungen werden an die Geschäftsstelle des Bundes Heimatschutz, Herrn Robert Mielke, Charlottenburg, Rönnestraße 18, erbeten.

Der Aufruf trägt zahlreiche Unterschriften aus den Kreisen der Gelehrten, Künstler, Schriftsteller, Industriellen und Beamten. Von hiesigen bekannten Persönlichkeiten haben unterzeichnet Paul v. Ravenstein, Maler, Freiherr Schilling v. Cannstatt, Professor Gustav Schönleber, Professor Dr. Hans Thoma, Professor Hans v. Volkmann, Akademieprofessor Ludwig Dill.

* **Staatsminister Dr. v. Brauer** hat sich zur Herstellung seiner Gesundheit zunächst nach Lugano begeben.

* * *

Pforzheim, 10. März.

Gewerbegericht vom 8. März.

Etuismacher Karl Kehrer hatte als Heimarbeiter dem Etuisfabrikanten Albert Seelig Etuis geliefert, und verlangt heute für ein im Jahre 1903 gelieferstes Quantum Bezahlung unter der Angabe, er sei zu der fraglichen Zeit krank gewesen und habe eine Anzahl Etuis durch einen andern Heimarbeiter anfertigen lassen. Diese seien an Seelig abgeliefert worden; er habe jedoch keine Bezahlung dafür erhalten. Vor kurzem erwirkte der andere Heimarbeiter ein Urteil gegen Kehrer auf Bezahlung der betreffenden Arbeit. Nun hält sich Kehrer an Seelig. Die Klage wurde kostenfällig abgewiesen, da Kehrer seinen Anspruch nicht nachzuweisen vermochte, und aus den Büchern Seeligs hervorging, daß regelmäßig mit Kehrer abgerechnet worden war. Außerdem hatte Kehrer seither einige Monate bei Seelig im Geschäft gearbeitet und hatte nie einen Anspruch geltend gemacht.

In der zweiten Kündigungswoche wurde der Fasser Heinrich Bachmaier von dem Bijouteriefabrikanten G. Gauß entlassen, weil er unentschuldigt bei der Arbeit gefehlt hatte. Gauß gibt an, Bachmaier öfters verwarnt zu haben, während letzterer geltend macht, er sei neben seinem Beruf Musiker und habe von Gauß bei seinem Arbeitsantritt Erlaubnis bekommen, an solchen Tagen zu fehlen, an denen er als Musiker in Anspruch genommen sei. Er verlangt einen Wochenlohn als Entschädigung, wird aber kostenfällig abgewiesen, da durch einen Zeugen erwiesen wurde, daß Bachmaier mehrfach wegen Fehlen verwarnt wurde.

Die Maurer Ludwig Müller und Karl Schweitzer wurden von der Baufirma Peter u. Günther eine Woche lang bei Grabarbeiten beschäftigt und mit 35 Pfg. ausgelohnt, während sie bei derselben Firma vorher als Maurer 45 Pfennig Stundenlohn hatten. Sie verlangen nun für die gearbeitete Zeit die Differenz mit 10 Pfg. pro Stunde, weil ihnen nicht gesagt worden war, daß sie schlechter als vorher entlohnt werden sollten. Durch Urteil erhält Müller 6,65 Mk. und Schweitzer 7,15 Mk., außerdem beide eine Entschädigung von zwei Stundenlöhnen für Zeitversäumnis bei Wahrnehmung des heutigen Termins.

Einen Blick in das korrupte Wesen des Systems der Vergebung von Tiefbauarbeiten an Unterakkordanten gewährte die Verhandlung der Klage von 14 italienischen Arbeitern gegen das Tiefbaugeschäft Nöding und Stober. Ein Unterakkordant dieser Firma war mit einer größeren Summe, die zur Bezahlung der Arbeiter bestimmt war, verschwunden und die Firma hatte nachträglich die Arbeiter auslohnen müssen. Nun verlangen 14 Mann, die Samstags die Arbeit aufgaben, noch je einen Taglohn als Entschädigung, weil sie nicht rechtzeitig ihre Quittungskarten erhielten und deshalb einen Arbeitstag versäumen mußten. Das Gericht spricht den Arbeitern den Anspruch an die Baufirma zu. Da jedoch die Angabe der Arbeiter, sie hätten Samstags das Kontor der Baufirma geschlossen gefunden, als sie ihren Lohn holen wollten, bestritten wird, einigen sich die Parteien vergleichsweise auf eine Entschädigung von 1 Mark pro Mann.

Bäckergeselle Ludwig Pollack wurde kündigungslos von dem Bäckermeister Hermann Koch entlassen und klagt heute auf Bezahlung seines Lohnes mit 15 Mk. und einer Buße von 13,80 Mk. Vergleichsweise bezahlt Koch 20 Mk. (Schluß folgt.)

* * *

Knielingen, 8. März. Der hiesige Polizeidiener Bechtold nimmt sich Dinge heraus, die es notwendig machen, sein Verhalten einmal öffentlich zu kritisieren. Am 1. d. M. ließ er bei dem Maurer Wilh. Kiefer, dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle der Maurer, anfragen, wie viele Mitglieder die Zahlstelle hat. Da Kiefer bei der Arbeit in Karlsruhe war, konnte Bechtold keine Auskunft auf seine Frage bekommen. Am andern Morgen kam Bechtold in das Haus des Kiefer und fragte dessen 16jährige Tochter, ob der Vater nichts zurückgelassen habe. Das Mädchen verneinte dies. Darnach wurde der Polizeidiener immer aufdringlicher und forderte das Mädchen auf, im Zimmer nachzusehen; der Vater müsse etwas dort zurückgelassen haben. Dieser Aufforderung leistete das Mädchen Folge; sie ging in das Zimmer, in dem ihr Vater seine Papiere aufbewahrte. Sie mußte dabei durch zwei Türen gehen, die sie jeweils hinter sich zumachte, was aber den Polizeidiener nicht abhielt, dem Mädchen nachzugehen und in das Zimmer einzudringen. Dort wurde die Mitgliederliste der Zahlstelle gefunden und der Polizeidiener musterte dieselbe nun nach Herzenslust durch. Nach dem badischen Vereinsgesetz steht der Polizeibehörde das Recht zu, von den Leitern eines Vereins Auskunft über dessen Mitglieder zu verlangen. Von dieser Befugnis wird jedoch nur wenig Gebrauch gemacht. Da es im vorliegenden Falle nicht recht verständlich ist, weshalb die Polizeibehörde sich auf einmal für die Mitgliederliste des Maurerverbandes interessieren sollte, ist die Frage aufzuwerfen, ob und von wem der Polizeidiener Bechtold einen Auftrag zur Einsichtnahme der Mitgliederliste hatte. Und weiter ist zu fragen, falls Bechtold einen entsprechenden Auftrag hatte, weshalb er in Abwesenheit des Vorsitzenden der Zahlstelle sich in Besitz der Mitgliederliste setzte. Man muß es sich doch verbitten, daß Polizeidiener in Abwesenheit der Haushaltungsvorstände in die Wohnungen eindringen und dort eine Art Haussuchung vornehmen. Hoffentlich zögert die zuständige Behörde nicht, den sonderbaren Fall aufzuklären und dem Polizeidiener Bechtold für die Zukunft eine zweckdienliche Belehrung zu geben.

* **Wöffingen,** 8. März. In der letzten Bürgerausschußsitzung wurde das Gehalt des Bürgermeisters um 200 Mk. erhöht. Das Schulgeld wurde auf die Gemeindeumlage übertragen; dennoch ist die Umlage von 39 auf 38 Pf. herabgesetzt worden.

△ **Bruchsal,** 8. März. Ein origineller Wirtschaftsverkauf kam dieser Tage, wie uns mitgeteilt wird, hier zustande. Die Bruchsaler Brauereigesellschaft tritt an den früheren Brauereibesitzer Gebhard das vormals Heiligenthalsche Anwesen ab, ohne jede Anzahlung. Gebhard muß als Gegenleistung 400 000 Hektoliter Bier in 10 Jahren verzapfen.

Bretten, 8. März. Bei der Veröffentlichung der Quittung über die hier zugunsten der Bergarbeiter gesammelten Gelder sind einige Fehler unterlaufen. Es sind nachträglich noch zu quittieren ein Betrag von 4,10 Mark (Gondelsheim), ferner ein Betrag von 5 Mark (Jöscher). Sodann waren bei der ersten Sammlung vom 29. Januar statt 33,60 Mark nur 30 Mark quittiert.

* **Villingen,** 9. März. Dienstag Abend brannten die Brauerei Faller und zwei Scheunen nieder. Große Futtervorräte und 500 Zentner Malz wurden vernichtet. Der Schaden ist bedeutend. Man vermutet Brandstiftung und wurde als der Tat verdächtig der Brauburschе Forster verhaftet.

* **Konstanz,** 9. März. Vergangene Nacht brach im Dachraum des Kumpelhart'schen Hauses in der Hussenstraße unaufgeklärterweise Feuer aus, das sofort auf den Dachstuhl des Hauses des Friseurs Lang und das Hotel zum „Badischen Hof" übergriff. Der Dachstuhl des Hotels ist teilweise, jene der beiden genannten Häuser sind vollständig abgebrannt. Die Häuser litten bedeutenden Wasserschaden. Man vermutet Brandstiftung.

* **Konstanz,** 9. März. Amtlich wird gemeldet: Am 8. d. M., 8,35 Uhr nachmittags, entgleiste der Personenzug 1865 bei der Einfahrt in die Station Krauchenwies mit der Lokomotive und zwei Personenwagen, wahrscheinlich infolge Bruchs einer Weichenzunge. Verletzungen von Personen kamen nicht vor. Die Züge 1866 am 8. und 1853 am 9. früh mußten ausfallen.

* **Mannheim,** 9. März. Der seit November v. J. vermißte Mannheimer Feldhüter Gottfried Mammele wurde auf der Kirchgartshauser Gemarkung aus dem Rhein geländet. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor. — Der verheiratete 34 Jahre alte Schiffer Heinrich Müßig von Haßmersheim fiel aus Unvorsichtigkeit von einer Leiter, welche auf das Schiff gegen die Kaimauer gestellt war, 5 Meter hoch auf das Verdeck und von da in den Schiffsraum herab. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald starb. — In einem Anfalle von Schwermut brachte sich der verheiratete Schuhmachermeister Martin Jost eine lebensgefährliche Schnittwunde am Halse bei. Die ganze Kehle ist durchschnitten.

Neues aus aller Welt.

Breslau, 9. März. Auf dem jüdischen Friedhof in Moschin (Provinz Posen) wurde nachts das Grab des Rentners Rosenberg geöffnet, der Leiche der Kopf abgeschnitten und geraubt. — Auf der Preußengrube bei Miechowitz wurden heute die Leichen aller Verunglückten außer einer geborgen.

Berlin, 9. März. Das „Tagblatt" meldet: Aus London, Liverpool, Glasgow, Edinburg und anderen Städten Englands werden Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete nach Deutschland kommen, um hier die städtischen Einrichtungen, unter anderen die von Berlin, Köln und Aachen, zu besichtigen.

Deutscher Reichstag.

(159. Sitzung.)

Berlin, 9. März.

Der Reichstag nahm debattelos in dritter Lesung das Nachtragsübereinkommen zu dem Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn an, nach welchem derselbe am 7. März 1906 in Kraft tritt. Das Haus nahm ferner debattelos die Vorlage betreffend die Aenderung des § 113 des Gerichtsverfassungsgesetzes an betreffend die Erweiterung des Kreises der zum Handelsrichter befähigten Personen. Sodann begann die erste Beratung des Antrages Stockmann betreffend die Aenderung des § 23 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung.

Abg. **Stockmann** (Reichspartei) erklärt: Der Antrag solle die Standesbeamten von dem Zwang befreien, zwecks Entgegennahme von Anzeigen von Totgeburten Sonntags Amtsstunden abzuhalten.

Abg. **Müller**-Sagan (Freis. Vpt.) und **Büsing** (nat.) stimmen dem Antrag zu, welcher hierauf in erster Lesung angenommen wird. Das Haus berät den Etat des Reichsamts des Innern weiter.

Abg. **Schöpflin** (Soz.) begründet eine Resolution seiner Partei, in der **gesetzliche Regelung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit** aller im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf längstens acht Stunden verlangt wird. Außerdem soll der Samstag Nachmittag freigegeben werden. Der grundsätzlich Sozialpolitik Treibende muß zunächst einmal dazu kommen, die Arbeitszeit gesetzlich auf ein vernünftiges Maß festzulegen. Die große Zahl der Unglücksfälle, wie überhaupt die hohen Sterblichkeitsziffern beweisen am besten, daß die heutige Arbeitszeit durchweg zu lang ist. Der bekannte kürzlich verstorbene Professor Abbe ist in einem Vortrag in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Jena ebenfalls warm für eine Verkürzung der Arbeitszeit und nicht nur für den Zehn- oder Neunstundentag, sondern geradezu für den Achtstundentag eingetreten. Auch der Regierungsrat Kolb, der drei Monate in Amerika als Fabrikarbeiter gearbeitet hat, hat sich für eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen und sich dabei auch auf die Urteile amerikanischer Großindustrieller berufen. Man kommt immer mit dem Einwand, die Rücksichtnahme auf die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Auslande verbiete die Herabsetzung der Arbeitszeit. Ja, dieser Einwand ist alt, er ist immer gemacht worden, so oft die Arbeiter etwas forderten. Wir sind gerade der umgekehrten Ansicht. Wir halten es für eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, wenn die achtstündige Arbeitszeit eingeführt würde Denn die Qualität der Erzeugnisse würde dadurch ganz bedeutend verbessert. Für das Zustandekommen der Qualitätsware aber, die von steigender Wichtigkeit für den Absatz einer Industrie ist, sind vor allen Dingen günstige Lebensverhältnisse der Arbeiter nötig. Wir sind sicher die Allerletzten, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie herabmindern möchten. Nur bei einer kürzeren Arbeitszeit ist auch der Arbeiter imstande, sich in seinem Fache weiter zu bilden. Wer ernste Sozialpolitik treiben will, muß unserem Antrage zustimmen.

Abg. **Müller**-Sagan behauptet gegenüber Posadowskys letzten Ausführungen, daß die Ansteckungsgefahr durch Glasrohre in den Glashütten doch groß ist. Redner stimmt der Resolution der Sozialdemokraten zu, wonach die Sonntagsarbeit auf den Glashütten verboten wird und empfiehlt ein gleiches Verbot für die Glasschleifereien.

Abg. **Kulerski** (Pole) führt aus: Die Spezialpolitik muß mehr den Mittelstand, namentlich die Kleinbauern, berücksichtigen. Besonders der kleine polnische Bauer ist das geplagteste Tier der Erde, er ist ein Sklave des Kapitals, er leidet in Preußen unter dem großen Steuerdruck und wird auch durch das Ansiedelungsgesetz geschädigt, das die preußische Regierung unter dem Bruch der Verfassung geschaffen hat.

(Präsident Graf **Ballestrem** ruft den Redner zur Sache.)

Redner fährt fort: Im Etat des Reichsamts des Innern sind fünf Millionen für Arbeiterwohnungen ausgeworfen, davon erhalten die polnischen Arbeiter nichts. Man begünstigt die deutschen Konsumvereine und erschwert den polnischen Abgeordneten den Verkehr mit ihren Wählern entgegen dem Vereinsgesetze.

Abg. **Schwarze**-Lippstadt befürwortet die Resolution des Zentrums. Er verlangt eine Verordnung betreffend einen besseren Schutz der Bauarbeiter und Sicherung der Durchführung durch Anstellung besonderer Aufsichtsbeamten, insbesondere auch aus dem Arbeiterstande. Redner betont die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung, da der gesetzliche Bauarbeiterschutz nur in Süddeutschland vorhanden sei. Die Unfallstatistik bilde auch einen Beleg für die Notwendigkeit des Befähigungsnachweises im Baugewerbe.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) verlangt den sanitären Maximalarbeitstag für die gesamte Glasindustrie. Der Glasstaub in allen Glasbetrieben sei gleich gefährlich. Er beklagt, daß die Regierung die Kartelle weit nachsichtiger behandle, als die Arbeiterkoalitionen. Er beklagt ferner, daß der schon im Gesetz eng gefaßte Begriff der Erwerbsunfähigkeit bei der Invalidenversicherung in der Praxis noch engherziger ausgelegt werde. Die von Posadowsky befürwortete Zusammenlegung der drei Versicherungen ist ohne eine stärkere Mitwirkung der Versicherten undenkbar. Redner befürwortet sodann die Resolution der Sozialdemokraten, betreffend das Verbot der gewerblichen Sonntagsarbeit, ausgenommen die Personen der Transportbetriebe, die Gastwirtschaften, Erholungsstätten und die Betriebe, in denen ein ununterbrochener Betrieb unerläßlich ist, und verlangt Schutzbestimmungen für das Hotelpersonal.

Abg. **Jäger** (Ztr.) verlangt vermehrte Tätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge, welche eine Kultusangelegenheit ersten Ranges sei. Der neue preußische Wohnungsgesetzentwurf bedeute einen sozialen Fortschritt und werde hoffentlich Gesetz werden und auf die anderen Bundesstaaten, unter denen bisher Hessen vorangehe, vorbildlich einwirken.

Abg. **Heine** (Soz.) spricht sich gegen die Resolution aus, die sich gegen die Bestechungsgelder wendet. Wir sind der Meinung, daß man neue Strafgesetze nicht erlassen soll, wenn nicht eine dringende Notwendigkeit vorliegt. Außerdem erscheint es uns überhaupt bedenklich zu sein, gegen derartige moralische Schäden, die in allgemeinen Verhältnissen liegen, mit Strafgesetzen vorzugehen. In der Frage der Schmiergelder würde es z. B. nicht möglich sein, eine strenge Scheidung von Bestechungsgeldern und Trinkgeldern durchzuführen. Man würde also die Angestellten auch für das Entgegennehmen solcher Trinkgelder bestrafen. Der Resolution des Zentrums, die Schutzbestimmungen für die Gehilfen der Rechtsanwälte und anderer Privatbeamte verlangt, werden wir zustimmen. Auf dem Wege der Selbsthilfe können sich diese Gehilfen kaum helfen. Dazu ist der Andrang zu diesen Stellen zu groß. Es bleibt also nichts übrig, als der Weg der Gesetzgebung. Die Herren müssen zu dem gezwungen werden, was sie freiwillig nicht gewähren wollen.

Abg. **Bömelburg** (Soz.) begründet eine sozialdemokratische Resolution, welche dahin zielt, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Schutz der **Arbeiter des Baugewerbes** geregelt wird. Diese Regelung soll die Einrichtung der Baubetriebe, Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten, Unfallverhütungsvorschriften und Baukontrolle betreffen, in Anlehnung an einen von sozialdemokratischer Seite bereits eingebrachten Gesetzentwurf. Redner führt aus, daß die jetzige Gesetzgebung äußerst mangelhaft und in verschiedenen Staaten ganz verschieden sei, z. B. in bezug auf den sanitären Schutz der Arbeiter ließen die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Staaten vielfach Ausnahmen und Umgehung der Vorschriften zu. Besonders mangelhaft seien die Vorschriften für Unfallverhütung und nicht am wenigstens schlimm stehe es in dieser Beziehung in Preußen. Die reichsgesetzliche Regelung der Materie sei daher dringend notwendig. Die Strafbestimmungen für Uebertretung der Unfall-Verhütungsvorschriften seien unklar gefaßt. In der Praxis fallen die Strafen lächerlich milde aus. In Bayern seien neuerdings Kontrolleure aus den Reihen der Arbeiter eingeführt worden. Infolgedessen habe sich die Zahl der tötlichen Unfälle z. B. in München von 1899 bis 1902 von 39 auf 5 vermindert. Ich ersuche die Regierung also dringend, hier baldigst Abhilfe eintreten zu lassen. (Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr.

Die Revolution in Rußland.

w. **Petersburg,** 10. März. Zwei Unbekannte schossen gestern auf den Obersten Podpulbitski, den Chef des Suchumer Bezirks in dem Augenblick, als er von der Post kam, 6 Revolverschüsse ab. Der Oberst wurde nicht verwundet. Den Angreifern gelang es zu entkommen. Das Attentat hatte politischen Charakter.

w. **Warschau,** 10. März. Gestern Nacht schoß ein Unbekannter auf den Bezirkspolizeikommissar Rittmeister Nastiagajew und verwundete ihn schwer. Der Rittmeister schoß zweimal auf den Täter, ohne zu treffen.

w **Jekaterinoslaw,** 9. März. In den Bergwerken Schtschechenbinowka und Auerbach im Kreise Bahmut wurde am Sonntag beziehungsweise Montag die Arbeit eingestellt. Es kam zu Plünderängen von Bergwerkseigentum, Läden und Bierniederlagen. Als den Arbeitern mit dem Gebrauch der Waffen gedroht wurde, warfen sie die Truppen mit Steinen und feuerten Revolverschüsse ab. Durch Gewehrsalven, die die Truppen infolgedessen auf die Arbeiter abgaben, wurde eine Anzahl Arbeiter getötet bezw. verwundet. Mittlerweile wurde die Ruhe wiederhergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen. In den Werken der Dnjeprgesellschaft in Kamensk und in der Patronenfabrik in Lugansk ist der Ausstand ebenfalls beendet. Auch in den Werken der Neurussischen Gesellschaft in Jusowka begann nach zweiwöchentlichem Ausstande die Arbeit wieder.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Mukden, 9. März, nachts 2½ Uhr. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern griffen die Japaner unsere Stellungen nördlich von Mukden an. Bei der Ortschaft Padjasa, nordwestlich von den Kaisergräbern, findet ein hartnäckiger Kampf statt. Unsere Vorhut verließ das Dorf. Während der Nacht griffen die Japaner die Ortschaft Santaissi, nördlich von den Kaisergräbern, an. Der Kampf dauert fort. Auf der Südfront erreichte die Vorhut der Japaner Huantschan. Gegenwärtig wird eine heftige Kanonade gehört.

Tokio, 9. März. (W. B.) Obgleich der wirkliche Umfang des Erfolges bei Mukden noch unbekannt ist, feiert die Bevölkerung von Tokio bereits den Sieg. Ueberall ist in der Stadt geflaggt. Die Menge in den Straßen kauft eifrig die von den Zeitungen herausgegebenen Extrablätter. Im Kriegsministerium und beim Generalstab laufen zahlreiche Glückwünsche ein. Es geht das Gerücht, Kuropatkin, dessen Rückzug teilweise abgeschnitten wurde, hatte schwere Verluste an Gefangenen. Eine amtliche Bestätigung fehlt noch.

Petersburg, 9. März. (W. B.) General Kuropatkin meldet unter dem 8. März: Auf dem rechten Hunhoufer richtete der Feind seine Offensive gegen Mukden von Nordwesten und teilweise von Norden. Das Zentrum und die linken Flanken unserer Armeen gehen ohne Kampf in die verschanzten Stellungen auf dem rechten Hunhoufer zurück. Der Feind griff uns heute in der Nordfront an, wobei er ein kleines Vorpostendetachement vom Dorfe Madiasa bis auf zwei Werst nordwestlich von dem Dorfe Taentun zurückwarf. Der Befehlshaber dieser Abteilung, Oberst Sapelski, der sich durch seine Tapferkeit auszeichnete, wurde getötet. Die Angriffe des Feindes auf unsere Stellungen nördlich von Mukden wurden mit großen Verlusten für die Japaner zurückgeschlagen. Auf der Westfront griff der Feind unsere Stellungen bei dem Dorfe Niusitun an und wurde auch hier zurückgeschlagen. Bei einem Gegenangriff machten unsere Truppen eine große Zahl Gefangene. Auf allen übrigen Stellungen war während des Tages kein Kampf.

Petersburg, 9. März. (W. B.) Ein Telegramm Sacharows an den Generalstab vom 9. März meldet: Auf der Nordfront machte der Feind mehrere heftige Angriffe während der Nacht, die abgewiesen wurden. Auf den übrigen Stellungen herrschte in der vergangenen Nacht Ruhe.

w. **London,** 9. März. Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus bei der Armee General Okus meldet unterm 8. März: **Die linke japanische Armee hat die Eisenbahn zwischen Mukden und Tieling abgeschnitten und zerstört.** Einzelheiten sind nicht zu erhalten. Die Russen ziehen sich auf den nördlichen Straßen zurück. Die linke Kolonne der genannten Armee hatte bei Likampu, sieben Meilen nördlich vom Hunho und fünf Meilen westlich von der Eisenbahn, ein heftiges Gefecht mit einer dreifach stärkeren Anzahl des Feindes. Die Verluste der Russen betragen **10 000 Mann.** Das Zentrum der Russen zieht sich in großer Verwirrung zurück.

w **Tokio,** 9. März. (Reutermeldung.) Das japanische Hauptquartier auf dem mandschurischen Kriegsschauplatz berichtet unter dem heutigen Datum:

In der Richtung auf Sintsching verfolgen unsere Truppen, die die Russen bei Matschuntan geschlagen haben, den Feind weiter. Am Schaho östlich der Eisenbahn macht sich das Zurückgehen des Feindes bemerkbar. Unsere ganze Linie eröffnete am 7. d. Mts. um Mitternacht den allgemeinen Angriff, drängte den Feind aus seinen Stellungen und verfolgt ihn jetzt in der Richtung auf den Hunho. Der ganze Bezirk westlich der Eisenbahn und südlich des Hunho ist in unseren Händen. Bei den Operationen auf dem rechten Ufer des Hunho fährt der Feind in der Nähe von Yangschitun und Likuanpu fort, hartnäckigen Widerstand zu leisten. Er machte mehrere Gegenangriffe, die wir jedoch unter schweren Verlusten für die Russen abgewiesen haben. Unsere Truppen drängen jetzt die Russen nach Mukden zu. Im Norden von Mukden besetzten wir trotz hartnäckigen Widerstandes des Feindes Siaochitun, 5 Meilen nordwestlich von Mukden und Pachiatsu, 2 Meilen nordöstlich von Siaochitun sowie Santaitsun, 5 Meilen nördlich von Mukden. **Unsere Truppen zerstörten die Eisenbahn im Norden von Mukden.** — Eine zweite Depesche besagt: Seit gestern feuert die feindliche Artillerie auf unsere Toten und Verwundeten, welche auf Tragbahren und Fuhrwerken nach einem Punkte westlich von Nungtauantun bei Yangschitun gebracht werden.

w. **London,** 9. März. Reuters Bureau wird aus Niutschwang von heute gemeldet: General Nogi setzt den Vormarsch in Eilmärschen bis zu 25 Meilen täglich fort und geriet in Verbindung mit Okus linkem Flügel. Es heißt, er habe eine große russische Streitmacht bei Tieling umgangen und die russischen Hilfstruppen abgeschnitten, die sich eiligst zu der russischen Hauptmacht begeben wollten. Es heißt weiter, Nogi sei während des Marsches an einer russischen Division vorbeigegangen, habe derselben jedoch keine Aufmerksamkeit geschenkt, bis er seine Umgehungsbewegung beendet hatte. Erst dann habe er von allen Seiten einen vernichtenden Angriff gemacht. Kuropatkin hat, wie erklärt wird, seit dem 1. März keine Verstärkungen aus der Richtung von Charbin erhalten.

w **London, 10. März. Daily-Telegraph meldet aus Tokio: Man glaubte hier, das russische Zentrum sei umzingelt worden. Später wurde das diesbezügliche Gerücht durch eine Depesche bestätigt, nach der 200 000 Russen von diesem Schicksal betroffen sein sollen.**

Letzte Post.

w. **Konstantinopel,** 9. März. (Korr.-Bureau.) General-Inspektor Hilmi Pascha meldete der Pforte, daß unter den Komitadschis das Gerücht umgehe, daß am 14. März 8000 Mann unter Führung des andenchefs Sarafow, Tschakalrow, Patkow und Popow aus Bulgarien in Mazedonien eindringen werden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Badischer Arbeitersängerbund.) Die Probe für die Gesamtchöre zum Konzert findet am nächsten Sonntag den 12. März, vormittags 11 Uhr, im Saale des Apollo-Theater statt und ersuchen wir die Bundesvereine um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Der Bundesvorstand.

Beiertheim. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 11. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal. Volksfreundleser sind freundlichst eingeladen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
929 Der Vorstand.

Bulach. (Sozialdem. Wahlverein.) Samstag, 11. März, abends 8 Uhr, ordentliche Mitgliederversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Aue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) Sonntag den 12. März, vormittags 10 Uhr, im „Schwanen" Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das präzise und vollzählige Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig. 930

Ettlingen. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Sonntag den 12 März, morgens 10 Uhr, Versammlung im „Darmstädter Hof" 928

Pforzheim. (Freie Radler.) Sonntag den 12. März, vormittags 10 Uhr, Versammlung in der „Kautzenbach". Freunde des Radlersports sind freundlichst eingeladen. 917

Freiburg. Sonntag den 12. März, nachmittags halb 3 Uhr, Versammlung der Jugend-Organisation in der Restauration Schwanke, Belfortstraße. 920

Quittung

Bei dem Gewerkschaftskartellkassier sind folgende Beträge für den Bergarbeiterstreik eingegangen:

Von den Arbeitern der Firma Brand u. Co. auf Sammelliste Nr. 242 4,65 Mk. — Von Konrad Mauch 30 Pf. — Verband der Maler auf Sammelliste Nr. 39 8,55 Mk. — Gesammelt bei den Gerbern in Mühlburg 16,75 Mk.

Zusammen 30.25 Mk. Früher quittiert 3283.38 Mk. Summa **3313.63 Mk.**

Weitere Beiträge nimmt F. Pongratz, Hebelstr. 17, entgegen.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Aus Baden, Deutschland, Ausland, Parteinachrichten, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Cottbuser Anzugstoffe
3¼ Mtr.
für einen ganzen Anzug
Mk. 15.50 netto Cassa
empfiehlt
Wilh. Wolf jr.,
Tuchabteilung, Eing. Lammstr.

Badenia-Fahrräder
Mk. 90 bis 145
Reparaturen bei billigster Berechnung.
O. Adam,
Gaggenau. 328.32

Sterbekassenverein Karlsruhe
(früher Leichenkassenverein).
General-Versammlung
am **Montag den 27. März 1905, abends 8 Uhr** im Nebenzimmer des Restaurant **Eintracht**, Karlfriedrichstraße 30.

Tagesordnung nach § 12 der Satzungen mit dem Bemerken, daß ein Antrag des Verwaltungsrats über Aenderung der Mitgliederbeiträge zur Beratung kommt.

Anträge sind längstens bis zum **18. März ds. Js.** an den Vorstand einzureichen. 901

Zahlreicher Besuch erwünscht.

Karlsruhe den 9. März 1905.

Der Vorstand:
Julius Koessing, Herrenstraße 40.

Karlsruher Weltausstellung 1905.
Um die Abrechnung der Lieferungen und Arbeiten für das im April d. Js. stattfindende Künstlerfest zu erleichtern, ist die Einrichtung getroffen worden, daß bei Bestellungen **schriftliche Bestellzettel** ausgehändigt werden. Wir machen deshalb die verehrl. Geschäftsleute darauf aufmerksam, daß **eingereichte Rechnungen nur dann Berücksichtigung finden können,** wenn ihnen ein mit Wappen und Stempel des Künstler-Vereins versehener **Bestellzettel** beiliegt und **die Einreichung noch im Laufe des Monats April 1905 geschieht.**

Die Einreichung der Rechnungen hat an unseren Kassier, Herrn **Akademie-Sekretär Körber,** Stefanienstraße 82, zu erfolgen.

Karlsruhe den 7. März 1905. 912

Der Vorstand des Vereins Bildender Künstler.

Pforzheim.
Achtung! Achtung!
Oeffentliche Versammlung
am **Sonntag den 12. März 1905, vormittags 10 Uhr** im **„Tivoli“.**

Tagesordnung:
1. Der städtische Voranschlag 1905.
2. Die Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter E. F. Müller.

Freie Diskussion.

Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen.

Das Wahlkomitee.

Turmbergbahn Durlach.
Der Betrieb ist wieder eröffnet.

Rückfahrkarten zu 45 Pfg. werden ab Karlsruhe auf den Strecken Hauptbahnhof, Karlsthor und Mühlburgerthor bis Durlach von den Schaffnern der Straßenbahn ausgegeben. 924

Durlach den 11. März 1905.

Die Direktion.

Mieter- und Bauverein Karlsruhe.
E. G. m. b. H.

Auf 1. Juli d. Js. haben wir zu vermieten:

Rankestraße 22, 3. St. eine Wohnung von drei Zimmern u. Zubehör,
Gervinusstraße 7, 2. u. 3. St., je eine Wohnung von je zwei Zimmern u. Zubehör,
Augartenstraße 95, 2. St. 2 Wohnungen von je zwei Zimmern u. Zubehör,
Hübschstraße 20, 4. St. 2 Wohnungen von je zwei Zimmern u. Zubehör,
Weltzienstraße 19, 1. St. 1 Wohnung von zwei Zimmern u. Zubehör,

In unsern Neubauten:

Kornblumenstraße 3, 1. St. eine Wohnung von vier Zimmern u. Zubehör,
„ 5, 1. St. 2 Wohnungen von je drei „ „ „
„ 5, 2. St. 2 Wohnungen „ „ drei „ „ „
„ 7, 1. St. 1 Wohnung von vier „ „ „
„ 7, 2. St. 1 Wohnung von vier „ „ „
Marienstraße 11, 1. St. 1 Wohnung von 4 Zimmern und Zubehör,
„ 11, 2. St. 1 „ „ 4 „ „ „
„ 11, 4 St. 2 Wohnungen von je 4 Zimmern und Zubehör,
„ 11, 5. St. 1 Wohnung von 3 Zimmern und Zubehör.

Ferner auf 1. April oder später:

Sybelstraße 20, 2. Stock 1 Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör,
Weltzienstraße 19, 4. St. 1 „ „ 2 „ „ „
Geibelstraße 6, 4. St. 1 „ „ 3 „ „ „

Bewerbungen wollen im Bureau, Gervinusstraße 3, bis **Montag den 20. d. Mts.** erfolgen. 916.3

Die Vergebung findet am **Dienstag den 21. d. Mts., abends halb 9 Uhr,** in der Wirtschaft zur **„Wolfsschlucht“** statt.

Der Vorstand.

A. Kneip, Schneidermeister
gibt hiermit bekannt, daß er sein Geschäft während dem Umbau seines Hauses in den zweiten Stock verlegt und wie bisher weiter betreibt. 892

A. Kneip,
Schneidermeister, Werderplatz 34.

Cottbuser Paletotstoffe
allerneueste Dessins in kariert, hochmodern, das Meter
Mk. 6.— netto Cassa
empfiehlt
Wilh. Wolf jr.,
Tuchabteilung, Eing. Lammstr

Ernst Ochner
Tapezier, Schützenstraße 46,
empfiehlt sich im Neuanfertigen sowie Aufarbeiten von **Polstermöbel** unter billigster Berechnung. 825.6
NB. **Divan von 30 Mk. an** stets vorrätig.

Ein guterhaltener 908
Prinzesskinderwagen
mit Nickelfedern ist zu **verkaufen.**
Scherrstraße 5a, 2. Stock links.

Für Konfirmanden
empfehle ich **in sehr grosser Auswahl** bei **billigsten** Preisen:
Tuche, Buckskins, Kammgarn- und Cheviot-Stoffe,
schwarze, weisse u. crême Cachemires, Façonnes usw.
Muster gerne zu Diensten. 904

Kaiserstr. 101/103, **Christ. Oertel** **Kaiserstr. 101/103,**
Manufakturwaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.

Achtung! Schmiede. Achtung!
Sonntag den 12. März, nachmittags ½3 Uhr, im **„Goldenen Adler“,** Karl-Friedrichstraße,
öffentliche Versammlung,
wozu wir alle in der Schmiederei beschäftigten Personen freundlichst einladen. 927.2

Tagesordnung:
„Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter“.
Referent: Gauleiter Kollege Ritter.

Freie Diskussion.

Der Einberufer.

Gesucht
für 1. April zwei perfekte **Büglerinnen** für die Waschanstalt
im Sanatorium im Schwarzwald.
Jahresstelle. Gefl. Offerten unter **923** an die Exp. d. Bl.

Joh. Unterwagner
Karlsruhe, 215 Kaiserstraße 215
Eingang **Karlstraße,** früher Kaiser-Passage.
Anfertigung von Bandagen u. Bruchbänder etc.
Ia. Empfehlungen von Aerzten u. Patienten über ausgeführte Arbeiten. Sämtliche Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, wie **Leibbinden, Geradehalter, Irrigatoren, Douchen-Spritzen, Verbands-Watte, Binden, Gummiwaren, Betteinlagestoffe** rc.
— Für Damen weibliche Bedienung. —

Mühlburg.
Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.
Der verehrl. Einwohnerschaft hier und der Umgebung zeigen hiermit ergebenst an, daß wir hier ein 910
Maler-, Anstreicher- und Tapeziergeschäft
eröffnet haben und empfehlen uns in allen in dieses Fach einschlagenden Arbeiten bei prompter Bedienung und billigster Preisberechnung.

Gustav Dold u. August Wagner,
Wohnung: **Glümmerstraße 20,** Werkstatt: **Sophienstraße 195.**

Geschäfts-Empfehlung.
Einem titl. Publikum sowie Freunden und Gönnern die ergebene Mitteilung, daß sämtliche Neuheiten in
Herren-Kleiderstoffen
für **Frühjahr und Sommer** eingetroffen sind. Empfehle mich zur Anfertigung sämtlicher **Herrenkleider** unter Garantie, schönster Ausführung, guten Sitz und billigsten Preisen.
W. Trust, Schneidermeister,
909 **Waldhornstraße 31,** 3. St.

Eier
empfiehlt bei stets frischer und schwerster Ware in allen Sorten zu den billigsten Preisen; ebenso empfehle meine
Süssrahmtafelbutter
täglich frisch eintreffend.
Nic. Reichert, Schützenstraße 60.
Telephon Nr. 953.

Grosser Räumungs-Verkauf
nur noch 14 Tage.

Konfirmandenhüte	**1.30 Mk.**
Kinderhüte	**1.00 Mk.**
Burschenhüte	**1.30 Mk.**
Herrenhüte mit hocht. Atlasfutter, beste Qual.	**2.50 Mk.**

Rudolf Neumayer,
Hutgeschäft, Durlach. 921

Ein armes Dienstmädchen verlor am Dienstag Mittag 300 Mk. Ecke Leopoldstraße-Mühlburgerthor bis zum Kaisergarten. Der redliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung abzugeben in der Exped. ds. Blattes. 922

Einrahmungs-Geschäft.
Wer seine Bilder rc. nicht zu teuer und gut eingerahmt haben will, der bringe sie zu
August Mayer,
Grünwinkel, Verbindungstr. 5.
NB. Für staubfrei wird garantiert. 616

Deutsche erstklassige Solidaria-Fahrräder
auf Wunsch **Teilzahlung.**
Anz. 20, 30, 50 M. Abz. 8— 15 M. mon. Reichsräder von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig. Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co.
Charlottenburg 5. No. 75

Wegen Umzug
ist eine komplette Aussteuer, bestehend aus 2 franz. Bettladen mit Muschelauf, 2 bess. Rosten, 2 bess. Matratzen, 2 Polstern, 1 Waschkommode mit Marmorpl. u. Spiegel, 1 Nachttisch mit Marmorpl., 1 Chiffonnier mit Muschelauf., 1 Vertiko mit Spiegel, 1 Taschendivan, 1 Salontisch, 4 bess. Stühlen, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Hockern, zu dem billigen Preis von 425 Mk. zu verkaufen. Mit 2 Deckbetten, 4 Kissen 80 Mk. höher. Die Sachen sind neu u. matt u. blank poliert, können auch auf Wunsch zurückgestellt werden. 749
Waldstraße 14, parterre.

Kautschuk-, Metall- u. Stahlstempel
Petschaft, Clichés, Emaille- und Maschinenschilder. Div. Gravierung
empfiehlt
L. Wankmüller,
Pforzheim,
346 **11 Schloßberg 11.** 10

Wegen Umzug u. Platzmangel
werden **Bücherschränke, Steh- und Sitz-Schreibpulte, Doppelpulte, Chiffonnieres, Kanapees, Betten** rc. rc. zu jedem annehmbaren Gebot verkauft. 561
Gabriel Guggenheim,
Zähringerstraße 25.

Genossen!
Bei Bedarf von **Vereins- u. Festabzeichen, Erinnerungsbänder, Rosetten, Schleifen,**
Vereinsfahnen usw.
bitten, unsere **Webereiprodukten-werkstätte,** in der Gemaßregelte beschäftigt werden, zu berücksichtigen.
Gewerkschaftskartell Lörrach.
L. Goll, Thurmstr. 9.

Möbel.
Alle Sorten **Holz- und Polstermöbel, vollständ. Betten, Spiegel, Stühle, Bilder, Klappstühle, Kinderwagen, Sportswagen etc.** kauft man gut und billig bei 2
Karl Epple,
in Firma Karlsruher Möbelhalle,
Kaiserstraße Nr. 23.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

1. März: Meta Amalie Frieda, V. Fritz Dinkler, Hoboist. Anton Josef, V. Karl Fritz, Schreiner. 2. März: Eugen Ludwig, Vat. Philipp Stahl, Wagenwärter. Hermann Josef Bernhard, V. Bernhard Braun, Architekt. 4. März: Martha, V. Christian Kugelstadt, Bureaudiener. Maria Anna Bertha, V. Eduard Stein, Oberpostassistent. 5. März: Karoline, Vater Karl Isemann, Schmied. 6. März: Robert Ludwig, Vater Emil Britsch, Schlosser. Paulina Mina, Vat. Hermann Schneider, Wirt.

Cottbuser Anzugstoffe
3¼ Mtr.
für einen ganzen Anzug
Mk. 19.50 netto Cassa
empfiehlt
Wilh. Wolf jr.,
Kaiserstr. 82a, Eing. Lammstr.

Pfänder-Versteigerung.
Vom 13. bis 17. ds. Mts., jeweils **nachmittags 2 Uhr** anfangend, werden die über 6 Monate verfallenen Fahrnispfänder bis zu Lit. L. Nr. 10 000 in unserem Versteigerungslokal (im Rathaus) öffentlich und **gegen Barzahlung** wie folgt versteigert:

Montag: Herren- und Frauenkleider, Fundsachen.
Dienstag: Weißzeug.
Mittwoch: Gold- und Silbergegenstände, Uhren.
Donnerstag: Betten, Schuhe, Stiefel, Uhren.
Freitag: Ellenwaren, Kleider, Uhren.

An obigen Steigerungstagen ist die Pfandleihkasse ausnahmsweise nur vormittags von 8—12 Uhr geöffnet. 890.6

Karlsruhe den 7. März 1905.

Städt. Spar- u. Pfandleihkasse-Verwaltung.

Düngervergebung.
Der im hiesigen Schlacht- und Viehhof anfallende Dünger ist vom 18. April d. Js. ab auf ein weiteres Jahr zu vergeben.

Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens
Mittwoch den 22. März, vormittags 11 Uhr
bei unterzeichneter Stelle einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind.

Karlsruhe den 8. März 1905.

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Vergebung von Betonarbeiten.
Die Ausführung der Landgrabenüberwölbung östlich vom Schlachthaus auf eine Länge von etwa 200 Meter und im Anschlag von ca. 50 000 Mk. soll vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis 888.8
Mittwoch den 22. März, vormittags ¾9 Uhr,
beim Tiefbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen und Pläne zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare abgegeben werden.

Karlsruhe den 6. März 1905.

Städt. Tiefbauamt.

Linoleumlieferung
für die Schiller-Schule.
In obengenanntem Neubau sollen einige Räume Linoleum-Belag erhalten.

Die näheren Bedingungen sind einzusehen in den üblichen Arbeitsstunden auf dem Baubureau daselbst, Kapellenstraße 1. Angebotsformulare können ebendaselbst in Empfang genommen werden und müssen mit der entsprechenden Aufschrift versehen bis zum Endtermin der Ausschreibung
den 18. März d. Js.
daselbst eingereicht werden.

Die Bauleitung der Schiller-Schule. 897.3

Zur Hochzeit
und anderen Gelegenheiten empfehle hochmoderne

Mechanik- u. Cylinderhüte
von Mk. **3.50** an.
Franz Jos. Heisel,
821 **Kaiserstr. 111.**

Blaue Anzüge,
stadtbekannt die besten,
nur eigenes Fabrikat.
R. Pahr,
Arbeitskleiderfabrik,
Kronenstr. 32,
gegenüber der Kronenapotheke.

Cottbuser Hosenstoffe
gestreift, gute dauerhafte Qualität, per Meter
Mk. 6.— netto Cassa
empfiehlt
Wilh. Wolf jr.,
Kaiserstrasse 82 a.